

# Volks-Zeitung

## Der Vormarsch auf München.

Mißglückter Spartacistenturm auf das Forchheimer Rathaus.

München, 29. April. (F. P. R.)

Zu Nürnberg ist alles ruhig. Nördlich von München wurden Freising und Erding von den Regierungstruppen besetzt. Wasserburg und Gornau wurden ebenfalls von den Regierungstruppen besetzt. Aus München liegen keine Nachrichten vor. Bei Krupp wird trotz des Generalstreiks weitergearbeitet. Der Zug zur Roten Armee ist gering, da die Leitung unter großer Geldknappheit leidet. Die Soldaten werden zum Teil mit Geld, zum Teil mit Wons entlohnt, womit sie jedoch nicht zufrieden sind.

Bamberg, 29. April.

In Forchheim versuchten radikale Elemente, die hauptsächlich aus Arbeitern der Papierfabrik Ellern bestanden und durch Nürnberger Kommunisten Zugang erhalten hatten, das Rathaus zu stürmen und die Räterepublik auszurufen. Regierungstruppen schlugen den Aufbruch rasch nieder. Es gab Verwundete und auch Tote. — Der verhaftete Volksbeauftragte Paululum hat zugegeben, daß er nach Nürnberg unterwegs war, um dort die Räterepublik auszurufen.

## Der Zwist in der Räteregierung.

München, 29. April. (F. P. R.)

Der Aktionsausschuß, der neben dem Volkstag die Führung der Regierungsgeschäfte innehat, ist im Verlauf der weiteren Auseinandersetzung in der vorgestrigen Versammlung zerfallen. Zeller hatte wiederum rückhaltlos seiner Auffassung Ausdruck gegeben, daß die jetzige Regierung gefährlich sei und nur eine zerschlagende Tätigkeit ausübe. Oestern sollte ein neuer Ausschuß gewählt werden.

Bamberg, 29. April. (F. P. R.)

In 60 Gemeinden des Bezirksamts Schweinfurt wurden Protestversammlungen gegen die Münchener Räterepublik abgehalten und von den insgesamt 15 000 versammelten Bauern dem Landtag und der rechtmäßigen Regierung Vertrauen ausgesprochen. Ebenso haben sich die Kreisverbände gewerblicher Vereinigungen mit über 7000 Mitgliedern durch eine dem Ministerium Hoffmann übermittelte Kundgebung geschlossen hinter die rechtmäßige Regierung gestellt.

## Waffenabgabe in Nürnberg.

Verbot unabhängiger und kommunistischer Blätter.

Nürnberg, 29. April. (F. P. R.)

Durch eine Bekanntmachung des Generalkommandos ergeht eine Aufforderung, alle Waffen, die unrechtmäßig angeeignet wurden, bis 29. April, abends 7 Uhr, abzuliefern. Um eine weitere Beunruhigung der Volksgenossen zu verhindern, verbietet das dritte Kommando das Erscheinen des „Frankfurter Kuriers“, der „Roten Fahne“ und des „Freien Arbeiters“ bis auf weiteres.

## Der Stettiner Streik beendet.

General v. Stockhausen in Untersuchungshaft.

Stettin, 28. April.

Heute abend fand auf dem großen Sportplatz an der Ostentorstraße wieder eine Versammlung der demonstrierenden Arbeiter statt. Mehrere Redner erläuterten die Bedeutung der inzwischen mit den Behörden geführten Verhandlungen. Danach seien die schon geschilderten Forderungen ausnahmslos zugestanden worden. Die Untersuchung gegen das Offizierskorps des Detachements Pönsgen werde auf den Führer der Gruppe, Hauptmann Pönsgen selbst ausgedehnt. General v. Stockhausen habe sich auf Erfordern der Unterhändler über den Soldatenputz, der Untersuchungshaft unterworfen. — Der Demonstrationstreik ist damit beendet.

Im Anschluß an die Vorgänge in Stettin, die der „Vorwärts“ jetzt ebenfalls als schärfste Verurteilung, kommt das mehrheitlich sozialistische Blatt zu der Aufforderung an die Regierung, mehr als bisher zu tun, um derartige gefährliche Hebergriffe einzelner Freiwilligentruppen zu verhindern. Abgesehen von einer grundsätzlichen Reform der Formationen, sei es vor allen Dingen notwendig, die Truppen nachdrücklich über ihre Aufgaben und die Grenzen ihrer Machtbefugnisse zu belehren und ihnen eine richtige Vorstellung von den Staatsbürgerrechten der Einwohner zu geben. Wir glauben, daß die mehrfach beobachteten Mißstände weniger auf die Unkenntnis der Leiden oft auch viel zu jungen Mannschaften als auf verschleierte Führer zurückzuführen sind, die sich zwar von dem neuen Staate beherrschen lassen, aber in unverhüllter Weise gegen die Staatsordnung Obstruktion treiben. Die verantwortlichen Stellen sollten einmal die reaktionären Blätter (etwa die „Deutsche Zeitung“ vom 28. April) etwas genauer lesen, wo aktive Offiziere haben durchblicken lassen, daß sie die Regierung nicht anerkennen.

## Zwei bolschewistische Agitatoren gelndt.

Er mordung eines Bahnhofscommandanten durch Spartakisten.

Rattowitz, 29. April. (F. P. R.)

Bei Ratzowitz wurde in der Nähe des Grenzpostens an zwei bolschewistischen Agitatoren, die aus dem Ausland zurückkehrten, ein Lynchgericht vollzogen. Bei den Leichen fand man einen angehefteten Zettel, auf dem geschrieben stand, daß man auf diesen Leuten für das Säu der Unzufriedenheit

unter den Arbeitern und die Aufhebung zum Austritt gegen das Reich Rache genommen hat. — Die Kommunisten ermordeten den Bahnhofscommandanten der Station Radom. Die Attentäter sind unerkannt entkommen.

## Kein Generalstreik in Oberschlesien?

Der Haupttrüdelführer verhaftet.

Rattowitz, 29. April.

Wie die Pressestelle des Staatskommissariats Oberschlesien meldet, ist die Arbeit im Kraftwerk Chorzow wieder aufgenommen worden. Das Kraftwerk Zaborze ist in der Nacht ohne Blutvergießen militärisch besetzt worden. Der Haupttrüdelführer, der die arbeitwillige Mehrheit terrorisiert hatte, wurde verhaftet. Die Arbeiterschaft nimmt die Arbeit wieder auf, so daß auch dieses Kraftwerk bald im Gange sein wird. Daraus ist, wie die Pressestelle des Staatskommissariats für Oberschlesien erklärt, der in Oberschlesien geplante Generalstreik gegenstandslos geworden, und in verhältnismäßig kurzer Zeit wird wohl die Arbeit voll aufgenommen werden. Besonders bekannt ist, daß von der Bezahlung der Streiklohn keine Rede ist. Augenblicklich verketten Kommunisten und Unabhängige Sozialdemokraten ein Flugblatt mit der Aufforderung zum Generalstreik. Alle Maßnahmen dagegen sind bereits getroffen worden.

## Das andere Deutschland.

Das Monte Carlo der Kriegsgewinnler.

Während das Deutschland der Arbeit gerührt wird und unaufrichtigen politischen Fiebersehauern geschüttelt wird, während alle wirklichen Volksgenossen sich bemühen, die Hoffnung auf eine glücklichere und ruhigere Zeit, trotz aller Widerstände, noch wahrhaben zu lassen, während alle mit angespanntem Interesse nur daran denken, womit erlöset wir uns, was bringt uns der Frieden, während dieser Zeit erhebt sich noch ein Deutschland, das nichts kennt, aber auch nicht das mindeste kennt von Not und Sorge. Das heute ein Spielplatz nach dem anderen gegründet wird, ist bekannt. Das dort geichlemmt und gefeiert wird, wie es der Allgemeinheit selbst aus der Friedenszeit nur als Sage bekannt ist, weiß auch jedermann. Nun wird sogar der Versuch gemacht, als das Riesenspielfeld zu schaffen. Ein zweites Monte Carlo. Wir lesen in der „Vossischen Zeitung“ nachstehende Anzeige:

## „Monte Carlo in Deutschland.“

Für ein großzügiges Millionenunternehmen im Stile Monte Carlo wird ein bewährter Leiter gesucht.

Weld. unter Verhinder. von Distrikon unter T. 28 046 an Hülstein-Hilale, Lauenhagenstr. 1.

An das Verantwortungsgefühl der Spielhöllenfreunde zu appellieren, ist zwecklos; denn diese Leute haben feind. Aber wir werden nicht veräumen, trotzdem immer wieder darauf hinzuweisen, daß nichts so gewaltig zur Erbitterung und Radikalisierung der Volksmasse beiträgt, als das offene Würfeln mit dem Gelde, das man während des Krieges aus der Not des Volkes gemünzt hat. Wann wird endlich die Regierung den Kriegsgewinnlern einmal radikal zu Leibe gehen?

## Die Klasseneinteilung der Steuerzulagen.

Wie die Reichsregierung auf eine parlamentarische Anfrage mitteilt, liegt es nicht in ihrer Absicht, die bei der Post- und Eisenbahnverwaltung vorgenommene Abstützung nach zehn Wohngruppen auf die Kriegsteuerzulagen für Beamte auszudehnen. Es bleibt bei der jüngst eingeführten Ordnung von drei Ordinalen. Dem Wunsch einzelner Städte, als teure Orte anerkannt zu werden, kann im allgemeinen nicht entsprechen. Hierzu wäre eine Änderung der Ordinalklasseneinteilung notwendig, die aber erst bei der in Aussicht genommenen Besoldungsreform vorgenommen werden kann. Bei besonderen Fällen, namentlich bei Vorortgemeinden von Großstädten, soll indes schon jetzt eine Herabsetzung dieser Ordine in Gruppe I erfolgen. Diese Regelung steht vor dem Abschluß.

## Politische Nachrichten.

Der Entwurf eines Reichsriedlungsgesetzes ist der Nationalversammlung zugeworfen. Der Entwurf bestimmt, daß Staatsdomänen im Ablauf des Reichsvertrages den gemeinnützigen Siedlungsunternehmen angeboten sind, soweit nicht ihre Erhaltung im Staatsbesitz für Interzessions-, Verkehrs- oder andere Zwecke öffentlicher oder volkswirtschaftlicher Art notwendig ist. Dorsland kann von den Siedlungsunternehmen enteignet werden, wenn es für die Besiedlung nutzbar gemacht werden kann.

Die Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung findet nicht in der Reichskanzlei, sondern im Reichsfinanzministerium statt. Von einer Rückverlegung des Friedensausschusses der Nationalversammlung nach Weimar ist, den „F. P. R.“ zufolge, bislang noch nichts bekannt.

Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei findet in den Tagen vom 20. bis 22. Juni d. J. in Berlin statt.

Aus Münster wird gemeldet: Der Oberpräsident Prinz Ratibor hat zum 1. Juli seinen Abschied nachgesucht.

Nach Veröffentlichung des Kapitalertragsteuerentwurfs zwecks Stellungnahme der Öffentlichkeit zu der Vorlage war von vielen Seiten der Wunsch nach einer Klärung der Bestimmungen geäußert worden. Wie wir hören, dürften Mittel gefunden werden, um noch härter zu betonen, daß die kleinen Kapitalisten, die auf den Ertrag ihres Kapitals angewiesen sind, Rückvergütungen beanspruchen können.

Wie aus Romers im besetzten Gebiet. (F. P. R.) Heber Paris wird eine Reise gemacht, daß der Befehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen die Abhaltung der Waisier unter sagt hat mit der Begründung, daß politische Verwicklungen gen dadurch entstehen könnten.

## Sür Völkerbund und Wilson-Frieden.

Die Beschlüsse des Amsterdamer Kongresses

Amsterdam, 29. April.

Die internationale Sozialistenkonferenz in Amsterdam hat zum Schluß ihrer Beratungen eine Entschließung angenommen, in der noch einmal Stellung zu dem Völkerbundproblem genommen wird. Die Konferenz nähert sich mit ihren Anforderungen an einen wirklichen Völkerbund fast völlig dem deutschen Entwurf. Dann heißt es, daß die Bedingungen eines wahren Bundes der Völker gegenwärtig von den allierten Regierungen nicht erfüllt worden sind. Die Konferenz appelliert an die Latkraft der Arbeiter aller Länder, um für die Organisation eines Völkerbundes zur Sicherung eines dauerhaften Friedens zu wirken. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, die die Entschlossenheit ausdrückt, den Kampf für einen Frieden anzunehmen, der nicht im Widerspruch mit den 14 Punkten Wilsons steht, da er die einzige Grundlage für ein dauerndes Einvernehmen der friedliebenden Demokratien zu bilden geeignet sei. Dann heißt es: „Die Konferenz ist der Meinung, daß die durch die Beschlüsse der Pariser Konferenz gestiftete Beunruhigung die Permanenz des Vollzugsausschusses (Branting, Gendoulin, Gubsmans) und der Mitglieder des Aktionsausschusses (Renardel, Longuet, Macdonald, Stuart Bunning) als unvermeidlich erweist, bis die Friedenspräliminarien unterzeichnet sind. Die Konferenz beantragt die Delegierten, eine Zusammenkunft mit den vier leitenden Männern der Allierten zu verlangen. Bei dieser Zusammenkunft, die durch die Vektretung und die jüngsten Zwischenfälle bei der Diskussion über den Frieden gerechtfertigt ist, müssen die Vertreter der Internationalen dies darzut besetzen, daß eine Lösung herbeigeführt werde, die sich mit den Berner und Amsterdamer Beschlüssen deckt.“

Amsterdam, 28. April.

Die sozialistische Konferenz hat heute abend gegen 11 Uhr ihre Beratungen beendet. Nach Schluß der Sitzung wurde ein Bericht herausgegeben. Vorher wurde ein Antrag angenommen, daß Bolakina ein unabhängiger Staat und als solcher Mitglied des Völkerbundes werden soll. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, in der von der Pariser Konferenz gesprochen wird, die Unabhängigkeit Estlands anzuerkennen.

Morgen beginnt hier die erste öffentliche Sitzung der Internationalen Transportarbeiterkonferenz.

## Die ersten Delegierten in Versailles.

Paris, 29. April. (Reuter.)

Sechzig deutsche Friedensdelegierte sind in Versailles eingetroffen. Sie haben sich in Kraftwagen zum Hotel des Reservoirs begeben. Es ereignete sich kein Zwischenfall.

## Der Pariser Völkerbundentwurf.

Alle Verbesserungsanträge zurückgezogen.

Paris, 28. April. (Reuter.)

In einer Vollsitzung der Friedenskonferenz wurde der Vertrag des Völkerbundes angenommen. Alle Verbesserungsanträge wurden zurückgezogen.

## Haase gegen eine Volksabstimmung.

„Der Bolschewismus ungeeignet für Deutschland.“

Der Führer der deutschen Unabhängigen, Hugo Haase, hat sich während seines Aufenthalts in Amsterdam, wo er der internationalen Sozialistenkonferenz beizuhte, zu Interviews über die Fragen ausgelassen, die zurzeit das deutsche Volk am meisten bewegen. Haase nannte sich einen Gegner der Volksabstimmung über den Frieden, die doch kein richtiges Bild der Volkstimmung zeigen würde. Er verworfen den russischen Bolschewismus als ungeeignet für Deutschland, bekannte sich aber zu dem Bolschewismus, der „dem Sozialismus im Grunde gleich“ sei, nur in der Taktik von ihm abweiche. Deutschlands Gegenwart erscheint ihm trübe. Rückkehr „verwahrloster Massen vom Kriegsschauplatz“, allgemeine Demoralisation, Arbeitslosigkeit — es wird lange dauern, ehe wir wieder hochkommen. Aber an Deutschlands Untergang glaubt Haase nicht, weil er die innere Volkskraft für zu groß hält.

## Italiens wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland

Ein günstiger Handelsstarif besser als die Milliarden.

Bern, 28. April.

Der volkswirtschaftliche Mitarbeiter des „Secolo“ bespricht die Bedeutung des deutschen Marktes für Italien. Deutschland habe 1913 25 Prozent der italienischen Ausfuhr aufgenommen. Wenn bei der gestiegenen Konkurrenz aus Kalifornien, Spanien und Algier nicht freundliche Handelsbeziehungen zu Oesterreich, Ungarn, Böhmen und Bayern wieder geschaffen würden, so bedrohe Italien eine schwere Ausfuhrkrise. Damit wäre auch das Aufblühen der Hafen Triest und Fiume in Frage gestellt. Die italienische Friedensdelegation sollte also anstatt der hypothetischen deutschen Milliarden einen günstigen Handelsvertrag mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn fordern.

## Beschimpfungen der Amerikaner in Fiume.

Ugram, 28. April.

In Fiume kam es zu lauten Demonstrationen der Italiener gegen die Amerikaner. Amerikanische Offiziere wurden auf der Straße mit Wutrufen begrüßt. Englisches und französisches Militär hält nicht Ruhe die Ordnung in der Stadt aufrecht.